Kostengünstiger ÖPNV | Seite 2
Nach dem 9-Euro-Ticket

Kämpferischer Erfolg | Seite 3
Betriebsratswahlen bei Lieferdiensten

Krumme Geschäfte | Seite 4
Bauprojekt am Hafenplatz

#05 klar.links
Sep./Okt. 2022
32. Jahrgang

Meine Sicht.

Foto: Olaf Kosteritz

Energiepreise deckeln

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine lässt die Energiepreise weiter explodieren. Die in den letzten Monaten bereits gestiegenen Lebenshaltungskosten dürften dabei nur ein Vorgeschmack sein. Für viele Mieterinnen und Mieter wird das böse Erwachen spätestens mit den kommenden Heizkostenabrechnungen kommen.
Immer mehr rächt sich jetzt, dass CDU/CSU und SPD über viele Jahre den Ausbau der erneuerbaren Energien ausbremsten und Deutschland damit so abhängig von russischem Gas machten.
Aber auch die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP reagiert bisher völlig unzureichend. Ja, Teile der Bunderegierung begrüßen die steigenden Gaspreise sogar, weil dies ein Anreiz zum Energiesparen sei. Ich finde das zynisch, denn viel zu viele Menschen müssen schon jetzt an allen Ecken und Enden sparen, um überhaupt über die Runden zu kommen.
Die Alternative auf der Hand: ein Gaspreisdeckel, mit dem jedem Haushalt ein bezahlbares Grundkontigent an Gas gesetzlich garantiert wird. Finanziert werden könnte diese durch eine Besteuerung der Extra-Profite, die viele Konzerne in Folge des Krieges gemacht haben. So wie es andere europäische Länder vormachen. DIE LINKE wird dafür weiter Druck machen.

Pascal Meiser, Mitglied des Deutschen Bundestages

SEZ in öffentlicher Hand!

Chance für Friedrichshain – den Verfall beenden

Das Gebäude in Lila und Orange an der Landsberger Allee verfällt immer mehr. Nicht nur alt eingesessenen Friedrichshainern blutet bei dem Anblick das Herz. Das SEZ ist inzwischen nur noch eine Ruine. Früher war es das modernste Sport- und Erlebnisbad Berlins und der Eintritt für jedermann bezahlbar. Viele können sich noch an die Badeausflüge mit Freunden, der Familie oder ihrer Schulklasse erinnern. Bis in die 90er kamen weit über eine Million Besucherinnen und Besucher pro Jahr.
Dann begann der Niedergang. Der Senat schränkte den Betrieb aus Kostengründen immer weiter ein und machte das SEZ schließlich ganz dicht. Die Hoffnungen ruhten auf dem Leipziger Investor Rainer Löhnitz. Er erhielt die Immobilie, sollte bis 2007 den Badebetrieb wieder ermöglichen – und scheiterte. Stattdessen plante er dort zum Entsetzen der Anwohner Stadtvillen, Ferienappartments und ein Hostel.
Da der Investor das Spaßbad nicht wie vereinbart wieder eröffnet hat, fordert das Land Berlin das Grundstück und die Immobilie zurück. Leider hatten der damalige Finanzsenator Sarrazin und seine Verwaltung beim Verkauf an Löhnitz geschlampt. Die Verpflichtung, das gesamte Schwimmbad wieder aufzumachen, ist im Vertrag unklar formuliert. Deshalb begann ein jahrelanger Rechtsstreit.
Jetzt hat endlich das Berliner Kammergericht entschieden: Wir haben gewonnen, das SEZ geht wieder an das Land Berlin! Zwar ist die Entscheidung noch nicht formal rechtskräftig. Doch dass Löhnitz das Urteil noch kippen kann, ist juristisch sehr unwahrscheinlich. Der Gerichtserfolg gegen den wortbrüchigen Investor ist eine große Chance. Endlich kann das Land Berlin selbst direkt entscheiden, was mit dem SEZ geschieht. Zwar ist schon 2018 ein Bebauungsplan für das Grundstück aufgestellt worden. Dieser sieht auch den Bau von bis zu 500 neuen Wohnungen und einer Schule vor. Auf Druck der LINKEN sind weiter Sport- und Freizeitflächen eingeplant. Doch dass das Grundstück jetzt wieder in öffentlicher Hand ist, ist eine neue Situation mit deutlich mehr demokratischen Einflussmöglichkeiten. Es muss auch überlegt werden, wie man der SEZ-Tradition gerecht werden kann. Die Menschen in Friedrichshain haben einen wichtigen Ort für ihre Freizeitgestaltung verloren.
Nun stellt sich die Frage, was das Land Berlin auf dem Grundstück an Schwimm-, Sport- und Freizeitangeboten reaktivieren kann. DIE LINKE will hierüber mit den Anwohnenden ins Gespräch kommen. Vor allem muss nun schnell etwas geschehen, damit der Niedergang an der Landsberger Allee beendet wird.
Und noch eines ist uns wichtig: Entstehen auf dem Gelände tatsächlich neue Wohnungen durch die öffentliche Hand, muss dies den Nachverdichtungsdruck im übrigen Friedrichshainer Westen senken.

Damiano Valgolio, Mitglied des Abgeordnetenhauses

SEZ Berlin, 1987; Foto: Gerd Danigel, Wikipedia, CC BY-SA 4.0

9-Euro-Ticket verlängern!

Mit dem 9-Euro-Ticket konnten auch Menschen, die bisher nicht genug Geld für einen BVG- oder S-Bahn-Fahrschein hatten, durch ganz Berlin und sogar durch das ganze Land fahren. Niemand musste sich mehr um komplizierte Tarife kümmern oder ganz auf das Reisen verzichten.
Mit dem 1. September ist das 9-Euro-Ticket ausgelaufen. Viele Verkehrsbetriebe haben zudem schon die Erhöhung ihrer ursprünglichen Ticketpreise angekündigt. Das klimafreundliche Bus- und Bahnfahren ist somit wieder für viele Menschen unbezahlbar geworden.
Damit wollen wir uns nicht abfinden. Als LINKE fordern wir eine Beibehaltung des 9-Euro-Tickets und langfristig einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV). Denn auch in Friedrichshain-Kreuzberg gibt es viel zu viele Menschen, die sich die Normalpreise von BVG und S-Bahn nicht leisten können bei schlappen 18 Euro für Mobilität im Hartz-IV-Regelsatz.
Neben bezahlbaren Tickets muss der ÖPNV ausgebaut werden (dichtere Takte, neue Linien, mehr Fahrzeuge und mehr Personal) – dazu braucht es deutlich mehr Geld vom Bund. Aber schon bei der Finanzierung eines akzeptablen Fahrscheins mauert Finanzminister Lindner.
Als LINKE werden wir die Forderung nach einer Fortführung des 9-Euro-Tickets fortsetzen und in den Kampf für eine Umverteilung von oben nach unten im »Heißen Herbst gegen soziale Kälte« mit einfließen lassen. Denn ab September werden viele Menschen schockiert auf die »normalen« BVG-Preise schauen und manche wieder die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben per Bus und Bahn einsparen müssen.

Bitte Aufruf www.9-euro-ticket-weiterfahren.de unterzeichnen!

Karl-Heinz Ludewig, AK Rote Beete

Verteilaktion der Flyer zur Fortsetzung des 9-Euro-Tickets. Die Flyer gibt es bei der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg.

Nachverdichtung: **Die Gesamtsituation berücksichtigen**

Im Mai 2022 beschloss die BVV mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen von Grünen, LINKEN und Der Partei eine Resolution für den Erhalt grüner Innenhöfe. Darin wird der politische Wille formuliert, diese wohnortnahen Grünräume weitestgehend zu schützen und – sofern baurechtlich zu zulässig – nicht für den Wohnungsbau zu nutzen.
In der aktuellen Wohnungskrise werden begrünte Innenhöfe allzu schnell auf Flächenpotentiale für neuen Wohnraum reduziert, was vielfach Protest der Anwohner*innen hervorruft.
Auch wenn Proteste der Anwohner*innen angesichts dieser Rechtslage häufig nicht berücksichtigt werden, zeigen Beispiele wie jüngst die Taborstraße 9, wo die Eigentümergesellschaft ihr Bauvorhaben zurückgezogen hat, dass diese Initiativen durchaus erfolgreich sein können.
Friedrichshain-Kreuzberg hat die höchste Bevölkerungsdichte in Berlin. Begrünte Innenhöfe und wohnortnahe Grün- und Freiflächen sind deshalb in besonderem Maße für ein gutes und gesundes Wohnumfeld im Bezirk von Bedeutung. Der Klimanotstand führt in den Sommermonaten drastisch vor Augen, dass dem Aufheizen der Stadt radikal entgegengewirkt werden muss.
Gleichzeitig ist in der aktuellen Situation des Wohnraummangels die Nachverdichtung in bestehenden Wohnquartieren eine Option, um neuen Wohnraum zu schaffen. Gegenüber dem Wohnungsneubau auf der »grünen Wiese« hat dies den Vorteil, dass die notwendige Infrastruktur bereits vorhanden ist: mit ÖPNV, Schulen und Kitas, Ärzt*innen, einer Nahversorgung für den täglichen Bedarf.
Die Weiterentwicklung der »Stadt der kurzen Wege« durch Innenverdichtung bietet hohe Wohnqualität für neue Bewohner*innen. Sie ist ein Baustein, um dem Flächenverbrauch durch neue Wohnquartiere am Stadtrand und damit dem Verlust von Naturräumen entgegenzusteuern.
Aber die Losung »bauen, bauen, bauen« greift deutlich zu kurz. Es geht beim Bauen darum, wer baut und was gebaut wird. Bauvorhaben privater Investoren zielen vor allem auf das hochpreisige Segment von Mietwohnungen und die Erstellung von Eigentumswohnungen. Städtische Wohnungsbaugesellschaften haben demgegenüber die Auflage, mindestens 50 Prozent Sozialwohnungen zu erstellen, die dringend gebraucht werden.
Die Nachverdichtung hat jedoch ihren Preis. Die vorhandene Bewohnerschaft verliert nicht selten ein Stück ihrer bisherigen Wohnqualität. Es braucht also Strategien und Bauvorhaben, die die Komplexität einer sozialen, ökologischen, umwelt- und klimagerechten Stadtentwicklung konsequent umsetzen. Die Einbeziehung der Betroffenen sowie die Orientierung auf bezahlbares Wohnen sind dabei unverzichtbar.
Eine bauliche Nachverdichtung in hochverdichteten Quartieren muss vor dem Hintergrund des Klimanotstandes die Ausnahme von der Regel sein, Grünräume zu bewahren.
Besonderes Augenmerk ist auf die häufig großzügig gestalteten Wohnanlagen in Friedrichshain zu legen. Die Freiräume für Mensch und Natur sind kein unbeplantes Bauland, sondern städtebaulich gewollt gewesen und noch heute sinnvoll. Zu prüfen ist deshalb, ob bei größeren Wohnanlagen diese Wohnhöfe durch Bebauungspläne gesichert werden können. Vorschläge dazu liegen aus anderen Bezirken bereits vor.
DIE LINKE setzt sich für eine konsequente Anwendung und Erweiterung bau- und planungsrechtlicher Regulierungsmöglichkeiten ein, um begrünte Innenhöfe und grüne Freiräume zu schützen. Eine Befreiung nach § 31 BauGB von baurechtlichen Festsetzungen zugunsten des Wohnungsbaus auf Kosten von Grünräumen, lehnen wir ab.

Kerima Bouali, Mitglied der BVV Friedrichshain-Kreuzberg

Wann wird von städtebaulicher Nachverdichtung gesprochen?

Eine Nachverdichtung entsteht, wenn innerhalb einer bestehenden Bebauung freie Flächen bebaut werden. Das können Baulücken sein oder Innenhöfe. Die Errichtung zusätzlicher Geschosse auf einem vorhandenen Gebäude – die Aufstockung- oder der Ausbau eines Dachgeschosses für Wohnraum ist ebenfalls eine Nachverdichtung.

Berliner Bleiberechtslösung

Zwei Wochen vor Ablaufen der Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung der Bundesregierung haben wir im Senat eine Einigung auf eine Berliner Bleiberechtslösung für Drittstaatsangehörige erreicht. Darüber bin ich sehr froh, denn nach dem 31. August wären sonst viele Geflüchtete, die sich wegen unsicherer Bleibeperspektive noch nicht registriert hatten, illegalisiert worden. Die durch die Bundesregierung verursachte Ungleichbehandlung der Geflüchteten ohne ukrainischen Pass gegenüber solchen mit, musste ausgeglichen werden.
Das Kernstück der Berliner Lösung ist nun, dass an Studierende Drittstaatsangehörige, die nicht unter die bundesrechtliche Lösung fallen, für sechs Monate eine Fiktionsbescheinigung also eine vorübergehende Bleibeberechtigung nach § 24 Aufenthaltsgesetz erteilt wird. So sollen sie Zeit erhalten, um die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, beispielsweise zu Studien-, Ausbildungs- oder Arbeitszwecken, zu erfüllen.
Dieser Zeitraum ist dafür aber sehr kurz, weswegen wir als Linksfraktion eine Lösung für mindestens zwölf Monate und für alle Drittstaatsangehörigen gefordert haben. Nach schwierigen Verhandlungen in der im April eingesetzten Arbeitsgruppe im Senat haben wir nur diese Lösung erreichen können. Zahlen, wie viele Menschen nun nicht erfasst sind, liegen uns nicht vor, aber als Linksfraktion werden wir uns weiter für eine Verlängerung und Ausweitung der Bleiberechtslösung einsetzen. Schließlich sind alle vor demselben Krieg geflohen und haben unabhängig davon, welchen Pass sie haben, ihre Lebensperspektive verloren!

Elif Eralp, Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus

*Ohlauer Straße: Lieferando-Fahrer*innen demonstrieren, unterstütz von Damiano Valgolio (2. von rechts)*

Lieferdienste behindern Wahlen

Anfang August in der Ohlauer Straße in Kreuzberg: Rund 40 Menschen mit orangener Dienstkleidung und roten Fahnen der Gewerkschaft NGG stehen zusammen. Es ist der erste Tag der Betriebsratswahl beim Bringdienst Lieferando. Die Wahl wird aus Gewerkschaftssicht ein Erfolg. Die rund 1.400 Beschäftigten in Berlin haben es inzwischen geschafft und nun zum ersten Mal einen Betriebsrat. Doch das Unternehmen hat schon angekündigt, dass es die Wahl nachträglich anfechten will.
Ich werde den Betriebsrat bei Lieferando und die NGG als Berliner Abgeordneter auch nach der BR-Wahl unterstützen. Bei den hippen neuen Unternehmen und Lieferdiensten erleben wir leider besonders häufig die Behinderung von Betriebsratswahlen. Die Methoden sind dabei unterschiedlich. Beim Lieferdienst Gorillas soll der Betriebsrat mit der Zerstückelung des Berliner Betriebes in viele Kleinbetriebe ausgeschaltet werden. Beim Lieferdienst Getir hat der Arbeitgeber eine andere Strategie gewählt: Führungskräfte sind der Gewerkschaft zuvorgekommen und haben selbst die Betriebsratswahl gestartet. So soll eine arbeitgebernahe Mehrheit entstehen. Bei dem weiteren Berliner Start-up »Hello fresh« wiederum hat die Geschäftsführung einen Aufruf gegen die Wahl des Betriebsrates gestartet und so die Einsetzung des Wahlvorstands verhindert. Die Gewerkschaft ver. di muss die Wahl nun mit Hilfe des Arbeitsgerichtes starten.
Deshalb unterstützen wir als LINKE nicht nur die mutigen Beschäftigten bei Lieferando, Gorillas und Co. Wir wollen in Berlin auch dafür sorgen, dass besonders geschulte Staatsanwälte gegen Unternehmen vorgehen, die Betriebsratswahlen und die Arbeit von Betriebsräten behindern. Denn das sind Straftaten – sie müssen nur ernsthafter verfolgt werden. Damit keine rechtsfreien Räume entstehen und Betriebsräte und Gewerkschaften endlich ordnungsgemäß arbeiten können.

Damiano Valgolio, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Kreuzbergs Rio Reiser Ehrung

Es ist nun fünf Jahre her, dass DIE LINKE die Idee hatte, einen prominenten Platz in Kreuzberg nach Rio Reiser zu benennen. War ursprünglich der Gedanke, einen Teil des Mariannenplatzes zu nutzen, ergab eine Bürger*innenbeteiligung, dass letztlich der Heinrichplatz ausgewählt wurde. Jetzt, endlich, am 21. August 2022 wurde die Benennung vollzogen. Nachdem zunächst einige Einwände bearbeitet werden mussten, die letztlich aber keine Wirkung zeigten, war es die Pandemie, die zu einer Verschiebung führte.
Es war ein langer Weg seit der Einbringung meines Antrages in die Bezirksverordnetenversammlung im September 2017. Nicht zu verschweigen ist, dass auch massive Überzeugungsarbeit im politischen Raum stattgefunden hat. Große Teile der Fraktionen der Grünen haben sich anfangs über diese Idee lustig gemacht. Letztlich kam jedoch eine demokratische Mehrheit zusammen. Dass es weiterhin einen kleinen Teil der Kreuzberger Bevölkerung gab und gibt, der an dem Namen Heinrich festhalten wollte, obschon das einzige Verdienst dieses preußischen Prinzen war, eben ein Prinz zu sein, soll an dieser Stelle ebenfalls nicht verschwiegen werden.
Und obwohl die Grünen lange gegen eine Umbenennung waren, gab es dann doch viel Grünen-Prominenz bei der Feierlichkeit zur Umbenennung. Trotz allem freue ich mich, dass auf Druck der LINKEN der Antrag, Rio Reiser in »seinem« Bezirk angemessen zu ehren, endlich Realität geworden ist. Solche Ideen mögen nur Symbolpolitik sein. Aber in diesen Zeiten ist das Bekenntnis zu linken, unangepassten und im besten Sinne systemkritischen Persönlichkeiten vielleicht auch mehr als das!

Olliver Nöll, Stadtrat für Arbeit und Soziales des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg

Termine

Der Rote Laden
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/426 26 87
E-Mail: info@dielinke-fk.de

Bürozeiten:
Montag: 9–16 Uhr,
Dienstag & Donnerstag: 10–18 Uhr,
Mittwoch: 11 bis 18 Uhr, Freitag: Geschlossen

Veranstaltungen Sep./Okt. 2022

Bezirksübergreifende Veranstaltungen
- Friedensfest, 4.9. ab 13 Uhr auf dem Petersburger Platz
- Familienfest mit Damiano Valgolio und Pascal Meiser, Samstag 17.9., 14–18 Uhr, Ecke Krautstraße/Lange Straße, mit Hüpfburg, Puppentheater, Kinderschminken, Livemusik
- KaffeeTrinken mit den LINKEN: 15.9., 14.30–17 Uhr, Rote Laden

Ortsverband Friedrichshain Südost
- Diskussion zum BGE: 5.9., 19 Uhr, Roter Laden
- Mitgliederversammlung: 19.9. und 17.10., 19 Uhr, Roter Laden

Ortsverband Friedrichshain Nordost
- Aktions- und Ideenwerkstatt: 1.9. und 6.10., 19 Uhr, Roter Laden
- Mitgliederversammlung: 15.9. und 20.09., 19 Uhr, Roter Laden

Ortsverband Friedrichshain Nordwest und Südwest
- Stammtisch: 8.9. und 13.10. , 19 Uhr, Prager Hopfenstube
- Veranstaltung zum SEZ (September, genaues Datum noch offen)

Ortsverband Kreuzberg
- Mitgliederversammlungen: 1.9. (Schwerpunkt Bedingungsloses Grundeinkommen) und 6.10., 19 Uhr im Familiengarten, Oranienstr. 34, HH
- Social Media AG: 21.9. und 19.10., 19 Uhr im Bürgerbüro Eralp/Meiser, Zeughofstr. 22

AK Rote Beete für sozial-ökologischen Umbau
Monatliches Treffen: 8.9. und 13.10., 18.30 Uhr im Bürgerbüro Eralp/Meiser, Zeughofstr. 22

Bürgerbüro Steffen Zillich, MdA
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/42801476
E-Mail: buero@zillich.berlin
Bürgersprechstunde (Anmeldg. erfordl.):
Fr, 2.9. und 23.9., 10.30–11.30 Uhr
Kostenlose Miet- und Sozialrechtsberatung mit Rechtsanwalt Gerd-Peter Junge und Kolleg*innen (Anmeldung erforderlich):
Do, 8.9. und 13.10., 15.30–17.30 Uhr

Bürgerbüro Pascal Meiser, MdB
Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
E-Mail: pascal.meiser.wk@bundestag.de
Bürger*innensprechstunde:
Do, 15.9., 16–17.30 Uhr, Wahlkreisbüro, Zeughofstr. 22 (Kreuzberg)
Do, 6.10., 16–17.30 Uhr, Kurt Tucholsky Bibliothek (Esmarchstr. 18, Prenzlauer Berg)

Wahlkreisbüro Elif Eralp, MdA
Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Telefon: 030/69507925
E-Mail: buero@elif-eralp.de
Öffnungszeiten: Mo, 10–16 Uhr und Mi, 12–18 Uhr
Bürger*innensprechstunde: Di, 13.9. und Mo, 24.10., 17–19 Uhr
Migrationserstberatung: Di, 6.9., 16–18 Uhr

Kontakt Damiano Valgolio, MdA
DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 0179/5454784
E-Mail: wahlkreis@valgolio.de
Bürger*innensprechstunde: Mi, 21.9. und 19.10., 16.30 Uhr–18 Uhr, um Anmeldung wird gebeten

Sprechstunden der BVV-Fraktion
6.9. Fraktionsbüro (Kreuzberg)

Verzockter Baugrund

Wo bleiben die Sozialwohnungen am Hafenplatz?

In direkter Nähe zur Mauer wurden in Kreuzberg in den 70-er und 80-er Jahren zahlreiche Sozialwohnungen errichtet, die nach dem Mauerfall und dem Auslaufen der Sozialbindungen als Filetgrundstücke bei Investoren heiß begehrt waren. So auch in der Umgebung des Anhalter Bahnhofs, die zu den ärmsten in Kreuzberg zählt. Am Hafenplatz, direkt hinter dem Potsdamer Platz, verlottern heute ehemalige Sozialwohnungen, deren Bindungen Ende 2017 ausliefen. In 2016 kaufte die Grundstücksgesellschaft Hafenplatz Berlin mbH, die der Artprojekt Gruppe gehörte, die Grundstücke Hafenplatz 6–7/Köthener Straße 28–32 und versprach, dort ein grünes Quartier mit einer Mischung aus Gewerbe, bezahlbarem Wohnen und Kultur zu errichten. Noch bevor eine Baugenehmigung vorlag, begann Artprojekt mit einem Entmietungsprogramm. Viele Altmieter sind schlicht »entsorgt« worden. Noch im März 2022 waren rund 80 behördliche Verfahren wegen Zweckentfremdung von Wohnraum durch Leerstand anhängig.
Am 11. September 2019 präsentierte Artprojekt im Bau-Ausschuss der BVV Friedrichshain-Kreuzberg einen Projektentwurf, der einen gemeinwohlorientierten und nachhaltigen Ort versprach und mit der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft Gewobag umgesetzt werden sollte. Sie solle rund ein Drittel der Fläche erhalten und fast 60 Prozent der Wohnungen. Ein Vertrag darüber läge bereits vor. Am 23.9.2020 erließ das Bezirksamt einen Bau-Vorbescheid, der zwei Jahre Gültigkeit hat und ein Go für einen späteren Bauantrag bedeutet. Ein Bebauungsplan wurde nicht erstellt. Man wollte einen schnellen Baubeginn ermöglichen.
Warum es sechs Jahre nach dem Grundstückskauf noch keinen Start für ein »vitales und lebenswertes Quartier mit Gemeinwohlanteil« (Artprojekt) gibt, ist öffentlich nicht bekannt. Im Sommer 2020 wurde das Grundstück weitergereicht – vermutlich über einen Share Deal, bei dem keine Grunderwerbssteuer anfällt. Die neue Eigentümerin ist die Hedera Bauwert GmbH zu 89,1 Prozent. Deren Eigentümer, Ioannis Moraitis, ist in Kreuzberg nicht unbekannt. In 2015 sorgte er für das Aus des Gemüseladens Bizim Bakkal in der Wrangelstraße 77 und damit auch für den Anlass zur Gründung der erfolgreichen Initiative Bizim Kiez, die er seit Jahren beklagt.
Die Grundstücksgesellschaft Hafenplatz Berlin GmbH wurde Anfang 2021 zur Gamma Invest Berlin GmbH und ihr Eigentümer Moraitis ist auch ihr Geschäftsführer.
Er ist nun Eigentümer über ein beachtliches Filetgrundstück, für das er zudem einen Bauvorbescheid hat. Der Bodenrichtwert hat sich seit dem Ankauf von Artprojekt in 2016 in etwa verfünffacht. Ausgewiesen sind aktuell 8.000 Euro/Kerngebiet und 4.500 Euro/Wohngebiet. Wie bei dieser Entwicklung ein gemeinwohlorientiertes Vorhaben realisiert werden soll, wie es offiziell in 2019 der BVV vorgestellt wurde, wirft Fragen auf.
Der LINKE Abgeordnete Niklas Schenker fragt Ende März 2022 den Senat, welche vertraglichen Regelungen in 2019 zwischen der Eigentümerin und der Gewobag getroffen worden seien. Dies sei vertraulich. Die Antwort erstaunt, handelt es sich doch bei der Gewobag um ein öffentliches Unternehmen. Aber es gäbe eine neue Projektidee und Gespräche zwischen Gewobag, Eigentümerin und Bezirk würden absehbar aufgenommen. »Die Projektidee geht, abweichend von dem ausgestellten Bauvorbescheid, von einer deutlich verdichteten Bebauung aus« (DrS 19/11401).
Man ahnte es schon: höhere Bodenpreise, höhere Verwertung durch mehr Baumasse.
Was vielleicht der Senat auch nicht im Auge hat: Mehr Baumasse erfordert zwingend einen Bebauungsplan.
Dies hat das Bezirksamt im zuständigen Ausschuss bereits verkündet. Zudem gibt es eine Städtebauliche Erhaltungssatzung für das Gebiet, die Grenzen für kreative Bauverdichtung setzt.
Was wird passieren? In absehbarer Zeit wahrscheinlich nichts – außer, dass die Bodenrichtwerte weiter steigen. Man wird pokern und den Bezirk unter Druck setzen. Steigt die Baumasse nicht, kann der neue Eigentümer die erwartete Rendite nicht realisieren. Das Joint Venture mit der Gewobag ist der Köder, denn es geht ja vermeintlich vorrangig um den Bau von Sozialwohnungen und ein gemeinwohlorientiertes Projekt. Scheitert der Plan, denn die Bezirksverordneten müssten ihre Zustimmung zu einem Bebauungsplan mit erheblicher Ausweitung der Baumasse erteilen, wird das Grundstück vielleicht weiterverkauft.
Dann wäre über Jahre nichts passiert – außer, dass am Deal mit dem Grundstück viel verdient wurde.

Gaby Gottwald, Mitglied in der BVV-Friedrichshain Kreuzberg, Sprecherin für Stadtentwicklung für DIE LINKE

BITTE UNTERSTÜTZE
DIE LINKE IN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG
AKTIV!

Mitglied werden unter www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden

Spenden an DIE LINKE LV Berlin
IBAN: DE59 100708480525607803
Betreff: Spende FK + Name + Adresse

DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

Impressum:
Redaktionsschluss: 26. August 2022
Herausgeberin: DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg, Tel: 030/426 26 87
www.dielinke-fk.de
www.facebook.com/DIELINKE.FK
Instagram: @dielinke.fk
info@dielinke-fk.de
Redaktion: Yvonne Hein (V.i.S.d.P.), Damiano Valgolio

Kontakt Fraktion DIE LINKE. in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg:
Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin
Telefon: (030) 90298-2599
E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de